



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 18. Februar 2021  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzb e r i c h t

über die 108. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 17. Februar 2021, 14:00 Uhr  
als Videokonferenz

Beginn: 14:05 Uhr

**1. Bericht der Landesregierung über das Projekt „Nachhaltiges Flächenmanagement“ sowie den aktuellen Stand der Umsetzung**

Antrag der Abg. Özlem Ünsal (SPD)

[Umdruck 19/5370](#)

Antrag der Abg. Sandra Redmann (SPD)

[Umdruck 19/5361](#)

Die Landesregierung berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

**2. Vorbereitung eines Entwurfs zur Neufassung des NDR-Staatsvertrages**

[Unterrichtung 19/278](#)

Die Staatskanzlei berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

**3. Kommunale Verfassungsbeschwerde der Kreise Dithmarschen, Plön und Schleswig-Flensburg vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht (Az. LVerfG 1/21)**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 5. Januar 2021

[Umdruck 19/5124](#)

Das Sozialministerium berichtete kurz zu den Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden. Die Ausschussmitglieder nahmen in Aussicht, dem Landtag zu empfehlen, in dem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften im Landesverwaltungsgesetz (LVwGPORÄndG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/2118](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4576](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
[Umdruck 19/5195](#)

Der Ausschuss beriet die vorliegenden Änderungsanträge.

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/2558](#)

Abg. Brockmann kündigte die Vorlage eines interfraktionell geeinten Änderungsantrags zur nächsten Sitzung an.

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/2790](#)

Der Ausschuss beschloss im Nachgang zur Sitzung im schriftlichen Beschlussverfahren eine schriftliche Anhörung zu der Vorlage (Benennung der Anzuhörenden bis Freitag, 19. Februar 2021). Er nahm ferner in Aussicht, die Vorlage zur zweiten Lesung im März-Plenum anzumelden.

**7. Anhörung zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf den Sport und die weiteren Perspektiven**

Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)  
[Umdruck 19/5366](#)

Der Ausschuss beschloss im Nachgang zur Sitzung im schriftlichen Beschlussverfahren, in seiner Sitzung am 10. März 2021 (Videositzung) eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden um Benennung der Anzuhörenden bis zum 24. Februar gebeten.

**8. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka